

## **Stellungnahme der Partei DIE LINKE zum Aktionsplan des ADFC Saarland für die Landesregierung 2022-2027**

Das Saarland ist aus zwei Gründen Schlusslicht im bundesweiten Ranking betreffend des Fahrradverkehrs. Zum einen ist die hügelige und bergige Landschaft zum Alltags-Radfahren weniger attraktiv als die Topographie zum Beispiel in Niedersachsen oder in Brandenburg. Um anderen werden Fahrrad- und auch der Fußverkehr sowie der ÖPNV von der Landes- und großen Teilen Kommunalpolitik mehr als stiefmütterlich behandelt. Der erste Punkt lässt sich nicht verändern, der zweite Punkt sehr wohl.

Auch wenn es in den letzten 10-12 Jahren spürbare Verbesserungen gab, der negative Abstand zu anderen Bundesländern und vergleichbaren Regionen ist geblieben. Seitens der saarländischen Landesregierung gibt es verkehrspolitisch ausschließlich eine Windschutzscheibenperspektive. Und im saarländischen Wirtschaftsministerium wird Verkehrspolitik nur mit verwaltet und nicht gestaltet. Da kaum Wille zur Veränderung da ist, werden auch viel zu geringe finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Die Forderung des ADFC Saarland nach einem Festbetrag pro Einwohner:in ist daher nur konsequent.

Aus Sicht der Partei DIE LINKE muss zuerst einmal ernsthaft über die Verteilung des öffentlichen Verkehrsraumes nachgedacht werden. Heute nutzen PKW und LKW 75 bis 80 Prozent der Verkehrsfläche. Fußgänger:innen und Radfahrer:innen sind an den Rand gedrängt, müssen sich teilweise den gleichen Weg teilen, was sehr gefährlich ist. Und oftmals werden Fußwege und Radverkehrsstreifen als Abstellflächen für Autos missbraucht, ohne dass dies zu Konsequenzen führt.

Der öffentliche Verkehrsraum muss grundsätzlich so gestaltet werden, dass der PKW/LKW-Verkehr gleichberechtigt mit dem Fuß- und Radverkehr abgebildet wird. Erst wenn darüber hinaus noch freie Verkehrsfläche vorhanden ist, darf dieser Platz als Parkplatzraum ausgewiesen werden. Dabei ist auch sicher zu stellen, dass die Gefahr für Radfahrer:innen bei sich öffnenden PKW-Türen durch entsprechende Abstände minimiert werden muss.

Wir brauchen ein allgemeines Tempolimit von 30 km/h innerorts. Dadurch entsteht eine Annäherung der jeweiligen Fahrgeschwindigkeiten und somit ein deutlich geringeres Unfall- und Verletzungsrisiko für die Fahrradfahrer:innen. Dieses Tempolimit kann bei einzelnen Straßen aufgehoben werden, wenn nachgewiesen ist, dass keine erhöhte Unfallgefahr für alle Verkehrsteilnehmer:innen besteht. Aktuell muss bei einer Einrichtung eines Tempo-30-Limits dessen Sinnhaftigkeit einzeln nachgewiesen werden. Wir sagen, das ist genau falsch herum.

DIE LINKE unterstützt die Forderungen des ADFC Saarland und wird sich in der kommenden Legislaturperiode verstärkt dafür einsetzen, dass die Interessen der Radfahrer:innen mehr Berücksichtigung finden. Ziel muss es sein, dass mehr Menschen dazu bewegt werden können, ihr Auto stehen zu lassen und das Fahrrad, einen E-Scooter oder einen attraktiven ÖPNV im Alltagsverkehr zu nutzen. Dazu gehört es auch, dass in allen Verkehrsmittel des ÖPNV (ausgenommen Taxi) Fahrräder unbegrenzt und kostenfrei mitgeführt werden können.

Saarbrücken, 16. Februar 2022